

# DAS RECHT AUF STADT DURCHSETZEN...

## ...und den Profiteuren von Krise und Kapitalismus auf die Pelle rücken!

Die aktuelle Krise des Kapitalismus hat nach ihrer ersten Phase, dem Platzen der Finanzblasen, eine neue Stufe erreicht, in der vor allem die (süd)europäischen Staatshaushalte und die Stabilität des Euro im Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit stehen. Die angebliche Misswirtschaft von Ländern wie Griechenland dient der Troika aus EU-Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds als Vorwand, technokratische Regierungen einzusetzen und massive soziale Einschnitte zu diktieren. Diese bringen faktisch eine Verarmung weiter Teile der Bevölkerung mit sich. Ziel ist es, das Lohnniveau drastisch abzusenken, Sozialleistungen weitgehend abzuschaffen und die Kreditansprüche der Banken aus den wohlhabenderen Ländern (wie z.B. Deutschland) in jedem Fall zu sichern. Die Auswirkungen sind fatal: Staatliche Institutionen führen Massenentlassungen durch und Einrichtungen öffentlicher Daseinsvorsorge werden privatisiert. Die Jugendarbeitslosigkeit in Spanien und Griechenland liegt mittlerweile bei über 50%! Zeit, auch im „Herzen der Bestie“ gegen diese Politik Widerstand zu leisten!

### Krise und Immobilienblasen

Das aktuelle Gerede, die Betroffenen hätten „über ihre Verhältnisse gelebt“, verdeckt die eigentlichen Ursachen der kapitalistischen Finanz- und Wirtschaftskrise. Diese lassen sich aber nicht auf das Agieren der Banken reduzieren, sondern sind eng verflochten mit Immobilienmärkten und damit auch Fragen von Stadtumstrukturierung, Wohnraum und dem Recht auf Stadt. Der Zusammenbruch des Bankensektors 2008 wurde maßgeblich durch Immobilienblasen in den USA, Spanien, Irland und England ausgelöst. Bereits Mitte der 1990er Jahre – und noch

einmal verstärkt durch das Ende des New-Economy-Booms 2001 – waren große Mengen überschüssiges Kapital in den Immobiliensektor investiert worden. Spekulative Bautätigkeiten und gelockerte Kreditvergaben führten schließlich zu einem künstlich beschleunigten Immobilienboom. Doch die Risiken lagen nie bei den Finanzgesellschaften: Platzen die Kredite der KäuferInnen, konnten die Banken die Häuser pfänden. In Spanien werden beispielsweise bei Zwangsräumungen die Wohnungen zum aktuellen Marktwert bewertet und mit dem ursprünglichen Kredit verrechnet, so dass jetzt ein viel höherer Kredit zurückgezahlt werden muss, als zur Kreditvergabe zu erwarten war. Da der Immobilienmarkt mittlerweile eingebrochen ist, stehen die Betroffenen in Folge dieser Praxis ohne Wohnung und mit zusätzlichen Restschulden da. Die Gewinne der beteiligten Banken werden garantiert – zu Lasten der KreditnehmerInnen, die zuvor über-teuerte Wohnungen und Häuser kauften.

Während die strauchelnden Kreditinstitute durch Milliardenbürgschaften und Zuschüsse gerettet wurden, werden diejenigen, die ihre Immobilienkredite oder Mieten nicht mehr zahlen können, gnadenlos auf die Straße gesetzt: In Spanien gab es 2011 fast 60.000 Zwangsräumungen. Und in den USA wurden unzählige HausbesitzerInnen in den letzten Jahren aus ihren Wohnungen gedrängt – allein in Florida verloren seit 2007 mehr als 4 Millionen Familien ihre Häuser und Wohnungen durch Zwangsvollstreckungen! In Griechenland hat die wachsende Armut seit 2009 zu einem Anstieg der Obdachlosigkeit um 25% geführt – Folgen einer Politik, die die deutsche Regierung maßgeblich mit vorantreibt.

---

## PROGRAMM FÜR DIE EUROPÄISCHEN AKTIONSTAGE „BLOCKUPY FRANKFURT“

**Mittwoch, 16.05.: Aktionen bei der Sitzung des EZB-Rats**

Abends: Rave against the Troika

**Donnerstag, 17.05.: Anreise und Besetzung der Plätze, Versammlungen, Veranstaltungen und Kultur**

- Platzbesetzungen / take the square: Assambleas + Veranstaltungen auf Plätzen und in Anlagen
- Tausende Zelte im Bankenviertel
- Inhaltliche Inputs, Kabarett + Konzerte auf den Plätzen
- Live-Schaltungen zu besetzten Plätzen weltweit

**Freitag, 18.05.: Blockade der EZB und des Bankenviertels**

- ab 6 Uhr: Ungehorsame Massenaktion: 4 – 6 „thematische“ Blockade-Punkte (Migration, Verarmung, Militarismus, Sozialprotest...)
- Bankenviertel blockiert und voll mit Aktivist\_innen
- im Laufe des Tages Ausweitung („Frankfurt fluten“) mit kreativen Aktionen

**Samstag, 19.05.: Internationale Demonstration**

- Mittags: Internationale Großdemonstration
- Abends: Internationales Vernetzungs- und Perspektiventreffen

---

# WWW.EUROPEAN-RESISTANCE.ORG

## Neoliberale Stadtpolitik und steigende Mieten

Diese extremen Zahlen machen die destruktiven Auswirkungen des gegenwärtigen Systems mehr als deutlich. Banken und Fonds, also Finanzkapital, arbeiten dabei Hand in Hand mit Bau- und Immobilienunternehmen auf der einen und neoliberal orientierten Regierungen auf der anderen Seite, um steigende Profite zu realisieren. Damit prägen sie gleichzeitig die Gestalt der Städte und Räume, in denen wir leben und uns täglich bewegen, und die Bedingungen, unter denen wir das tun – ob durch Mieten, Abrisse alter Gebäude oder die Zerstörung von Parks und Grünflächen.

Auch in Deutschland, wo es im Vergleich zu anderen Ländern noch einen relativ regulierten Immobilienmarkt mit vergleichsweise vielen Immobilien im Besitz von staatlichen Wohnungsgesellschaften gibt, wird das deutlich. Privatisierungen, städtische und regionale Segregation und Leitbilder wie das der „unternehmerischen Stadt“ stehen dafür ebenso wie steigende Mieten und Zwangsumzüge. Der Bestand preislich gebundener Wohnungen in der Bundesrepublik ist rapide abgesunken. Mitte der 1970er Jahre gab es z.B. in Hamburg noch ca. 400.000 Sozialwohnungen. Heute liegt diese Zahl bei nur noch knapp 100.000. Hinzu kommt, dass immer mehr ALG2-EmpfängerInnen von Zwangsumzügen bedroht sind, weil sie sich ihre Miete nicht mehr leisten können.

Die Bundesrepublik hat sich in den vergangenen Jahren zu einem lohnenswerten Markt auch für internationale Investoren entwickelt. Dass es keinen direkten Zusammenhang zwischen Miet- oder Kaufpreisen und dem tatsächlichen Wert oder den Herstellungs- und Instandhaltungskosten einer Immobilie gibt, wird deutlich, wenn man sich vor Augen führt, dass die durchschnittliche Kaltmiete in Deutschland immer noch bei 6,37 Euro liegt. In München oder Hamburg werden jedoch fast überall mehr als 10 Euro/qm verlangt. Warum? Weil man kann! Begründet werden hohe Mieten oft mit hohen Grundstückspreisen. Dass diese überhaupt erst so hoch steigen, weil man mit dem Grund und Boden auch die Aussicht auf satte zukünftige Gewinne erwirbt, wird dabei nicht erwähnt. Die kapitalistische Organisation des Wohnungssektors geht zu Lasten der Lohnabhängigen und dient den renditeorientierten Konzernen und kreditgebenden Banken. Doch es regt sich Widerstand.

## Nehmen wir uns die Plätze - nehmen wir uns die Stadt

In Spanien und den USA sind Bewegungen gegen Zwangsräumungen entstanden, Leerstand wird besetzt und Wohnungslosen zur Verfügung gestellt. In Deutschland haben sich an vielen Orten Initiativen gegen die neoliberale Stadtpolitik und steigende Mieten gebildet. Netzwerke und Gruppen von Istanbul bis New York fordern ihr „Recht auf Stadt“ ein. Widerstand lohnt sich, das zeigen die Kämpfe in Spanien, den USA und hierzulande. In Freiburg wurde die Privatisierung des kommunalen Wohnungsbestands gestoppt. Im Hamburger Gängeviertel haben sich AktivistInnen mit der Besetzung eines ganzen Häuserblocks erfolgreich neue Räume erkämpft. Und in Spanien gelang es den „Plattformen der Betroffenen der Hypothek“, mittlerweile mehr

als 110 Zwangsräumungen mit Blockaden zu verhindern. Damit sich grundsätzlich etwas ändert, müssen wir die lokalen Kämpfe stärken und ein deutliches Zeichen an die ProfiteurInnen richten: Wir wollen Recht auf Wohnraum und Stadt für alle Menschen jenseits von Nationalität und Portemonnaie.

Mit der Deutschen Bank sitzt eine der großen Profiteurinnen der Immobilienkrise im Bankensektor in Frankfurt. Deshalb werden wir vom 16.-19. Mai an den Blockupy-Frankfurt-Aktionen teilnehmen und unseren Unmut direkt zur Deutschen Bank tragen. Die Deutsche Bank sticht in Spanien mit ihrem harten Vorgehen bei Zwangsräumungen unrühmlich hervor. Wir wollen die von den Geschäftspraktiken dieser Bank Betroffenen unterstützen und ihnen zeigen, dass sie nicht alleine sind.

*Avanti – Projekt undogmatische Linke*

## Veranstaltungen in Hamburg

**Di, 8.5., 19h,**

Hörsaal ESA B der Uni HH

**„No Future – ohne Solidarität!“**

Veranstaltungsreihe mit AktivistInnen aus Südeuropa (Haris Triandafilidou, Jugend von SYNASPISMOS aus Athen; Shendi Vali, studentische Aktivistin aus dem linken Netzwerk Unicommon aus Rom, und Daniel Nieto Bravo, Bewegung der Indignados, antikapitalistischer Aktivist und Gewerkschaftler aus Sevilla). Lokale VeranstalterInnen: Avanti Hamburg, ver.di Jugend Hamburg, medibüro, Regenbogen/Alternative Linke., SDS

**Mi, 9.5. 19h**

T-Stube im Pferdestall (Allende-Platz 1, Uni Hamburg)

**Mobilisierungsveranstaltung mit Infos zu Anreise und den Aktionen**

**Do, 10.5., Gängeviertel: Mobilisierungsveranstaltung mit Infos zu Anreise und den Aktionen**

**Sa, 12.5., Rathausmarkt**

**Weltweiter Aktionstag**

ab 13 Uhr Demonstration vom Spielbudenplatz zum Rathausmarkt, ab 14 Uhr Versammlung auf dem Rathausmarkt.  
[www.united-hamburg.net](http://www.united-hamburg.net)

## Mit dem Bus von Hamburg nach Frankfurt

**Kartenvorverkauf:**

T-Stube (Uni Hamburg, Allende-Platz 1), bei den Info-Veranstaltungen (siehe oben), im Schanzenbuchladen und im Infoladen Wilhelmsburg.

**Preisstaffelung:**

35 Euro (Sozialpreis)/50 Euro (Normalpreis)/60+X Euro (Solipreis)

# HAMBURG.AVANTI-PROJEKT.DE

